

# Die Niederlande

## Marij Leenders

Mit 38,4% für und 61,6% Stimmen gegen die Europäische Verfassung war das Ergebnis des niederländischen Referendums vom 1. Juni 2005 deutlich und niederschmetternd. Die Befürchtungen darüber, als kleineres Mitgliedsland in einem von den Größeren und „Brüssel“ dominierten Europa ins Hintertreffen zu geraten, hatten sich durchgesetzt. Die Debatte wurde von der Sozialistischen Partei (SP) um Jan Marijnissen („Die Auflösung der Niederlande“) dominiert, obwohl auch die rechtspopulistische LPF mit dem Slogan „Die Niederlande unabhängig!“ sich müht.

Im Gegensatz zu den noch relativ handfesten Argumenten gegen den Verfassungsvertrag sind die Gegenargumente, die auf die Erweiterung der EU abzielen, und Befürchtungen bezüglich der rumänischen und bulgarischen Mitgliedschaft sowie der Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei deutlich populistischer. Umfragen belegen, dass die Niederländer aufgrund der gesellschaftlichen Spannungen und politischen Ereignisse der letzten Jahre gerade in diesem Punkt ernste Bedenken haben. Obwohl viele der landläufigen Bedenken eher dem rechten politischen Flügel zuzurechnen wären, scheinen die Europagegner in dem Linksaußenpolitiker Marijnissen ihren Fahnenträger gefunden zu haben.

### Nachwehen der Ablehnung der EU-Verfassung

Die Reaktionen in den Medien auf die Ablehnung der EU-Verfassung waren unterschiedlich, doch als Hauptursache für das Nein gegen die EU-Verfassung galt allgemein die Informationspolitik der Regierung. Auch gab es Kritik an der Organisation des Referendums: Die Vorbereitung sei zu kurz gewesen, es hätte zuwenig Geld zur Verfügung gestanden und die Fragestellung sei zu kompliziert gewesen. Die Tageszeitung *De Volkskrant* konstatierte, dass diese Informationspolitik negative Folgen hatte: Alt-Ministerpräsident Kok hätte die Menschen in das Nein-Lager gejagt und jegliche Ermutigung des heutigen Ministerpräsidenten Balkenende wäre als persönlicher Affront betrachtet worden.<sup>1</sup> Die christliche Zeitung *Trouw* bezeichnete die Nein-Kampagne einiger politischer Parteien als Schuldige: Dies sei eine „unwürdige, opportunistische und unehrliche“ Kampagne gewesen.<sup>2</sup> Eine andere Frage, die in den Medien nach vorne drängte, war, ob die Niederlande nun innerhalb der Europäischen Union isoliert würden, ob sie es sich mit allen verdorben hätten, wie immer gewarnt worden war. Nach Meinung der *Volkskrant* sollte es nicht halb so schlimm sein, da die Niederlande sich hinter dem breiten Rücken des großen und traditionell europhoben Frankreich verstecken könnten.<sup>3</sup>

---

1 Übersetzt aus dem Niederländischen von Gudrun Staedel-Schneider.

De Volkskrant, 02.06.2006.

2 *Trouw*, 21.06.2005.

3 *De Volkskrant*, 2.06.2006.

## Meinungsumfragen

Mit einem aus 25 Fragen bestehenden Quiz versuchte ein pro-europäisches Forschungsinstitut Pauschalzuweisungen zu hinterfragen. Nur 55% der Besucher beantworteten die pauschale Verfassungsfrage auf der Webseite des Instituut voor Publiek en Politiek mit „nee“. Aus den von 800.000 Teilnehmern erhobenen Daten zeigten sich interessante Einzelergebnisse, wobei euroskeptische Schlüsselfragen wie die EU-Mitgliedschaft der Türkei fehlten. Es zeigte sich ein Bedürfnis nach mehr Brüsseler Transparenz und mehr Einfluss der Bürger, für das Petitionsrecht von 1 Mio. Bürgern und für mehr Kompetenzen für das Europäische Parlament.

Bemerkenswerterweise waren 75% für die Verfassung als Festschreibung der Grundrechte der Bürger. Hervorgehoben wurde aber vor allem die nationale Souveränität: 60% für ein nationales Vetorecht in allen Politikbereichen. 88% wollten für nationale Parlamente das Recht, EU-Vorschläge zurückweisen zu können. 71% stimmten für die halbjährlich rotierende EU-Präsidentschaft. Wahrscheinlich typisch für das dekonfessionalisierte Königreich ist die Befürchtung, eine theoretisch denkbare katholische Mehrheit von 55% der EU-Mitgliedstaaten und 65% der EU-Bürger könnte die liberale nationale Gesetzgebung zu Drogen, Sterbehilfe und Schwangerschaftsabbruch rückgängig machen.

Eine große Mehrheit sieht dagegen die EU und nicht den nationalen Staat bei einigen zentralen Aufgaben in der Pflicht: Terrorismusbekämpfung, Umwelt, erneuerbare Energien, Volksgesundheit, Tierschutz und Entwicklungspolitik. Für eine europäische Zuständigkeit den Bereichen Asyl, Agrarpolitik und Justiz sprachen sich dagegen weniger als 50% aus. Nur wenig mehr Pluspunkte sammeln konnten die institutionellen Reformen: das Amt des europäischen Außenminister (44% dagegen) und die Idee eines Kerneuropas im Militärbereich (52% dagegen) konnten nur wenig Sympathie gewinnen. Damit scheinen die Initiatoren dieser differenzierten Europaumfrage Recht zu behalten. In der politischen Mitte gibt es den Wunsch nach einem demokratischeren Europa neben der Befürchtung, dass lieb gewordene nationale Politiken einer demokratischen europäischen Mehrheit zum Opfer fallen könnten.<sup>4</sup>

## Reaktionen in der Politik

Kabinett und Parlament sahen die Ablehnung der EU-Verfassung als ein eindeutiges Signal. Der Europäische Rat rief eine Reflexionsphase aus und die niederländische Regierung versuchte nun, diese Zeitspanne vor allem dafür zu nutzen, mehr über die Erwartungen der Bürger an die EU zu erfahren. Regierung und Parlament waren der Meinung, dass es eine „breite gesellschaftliche Debatte“ über die Europäische Union geben muss, doch schien diese innerhalb dieses Jahres nicht in Gang gekommen zu sein. Nach monatelangem Tauziehen über eine neue Politik innerhalb und gegenüber Europa beschloss das Parlament, diese Initiative abzublasen. Daraufhin wurde die Regierung selbst aktiv und lancierte im April 2006 als eine Art Überbleibsel dieser Diskussion eine Europa-Umfrage via Internet: [www.nederlandineuropa.nl](http://www.nederlandineuropa.nl). Dem Ergebnis mangelte es jedoch an Repräsentativität, da relativ viele Gegner der Europäischen Verfassung sich an dieser Umfrage beteiligten.

---

4 [http://www.publiek-politiek.nl/organisatie/nieuwsbrieven/papier/december\\_2004/turkije\\_en\\_de\\_europese\\_unie](http://www.publiek-politiek.nl/organisatie/nieuwsbrieven/papier/december_2004/turkije_en_de_europese_unie).

Der oberste Beratungsinstanz der Regierung, de Raad van State, machte konkrete Vorschläge für Veränderungen innerhalb der niederländischen politischen Ordnung.<sup>5</sup> Das nationale Parlament solle eine größere Rolle bekommen durch z.B. viel frühere Kontrolle über die EU-Beschlussfassung, durch die Aufnahme europäischer Themen auf die feste Tagesordnung der Tweede Kamer und durch Verstärkung der Rolle der Mitglieder des Europäischen Parlamentes im nationalen Parlament. Die niederländische Beschlussfassung sei zu reaktiv und auf einen Mangel an politischer Regie zurückzuführen. Dafür bräuchte es eine stärkere Position des Ministerpräsidenten. Auch die liberale Partei VVD ist dieser Auffassung. Sie schlägt darüber hinaus vor, den Regierungschef mit einem vollwertigen Europa-minister zu unterstützen. Das Kabinett nahm den Vorschlag des Raad van State an und stärkte im Mai die Position des Ministerpräsidenten: statt *primus inter pares* im Ministerrat ist er nun mehr der Chef im Kabinett mit einer koordinierenden Rolle in Europa-Angelegenheiten und hat dabei die Befugnis, selbst Themen auf die Agenda des Ministerrates zu setzen.

### Reform der EU

Vorschläge für eine Veränderung der EU kommen aus unterschiedlichen Lagern. Nach Ansicht des Raad van State hat die Ablehnung der EU-Verfassung vor allem mit einem Gefühl der Unsicherheit vieler Bürger über die politischen Grenzen Europas zu tun. Deshalb schlägt er vor, die Lösung eventuell in einem anderen politischen Modell wie einem Europäischen Staatenbund zu suchen, das Zuversicht über Art und Zukunft des Europäischen Projektes vermittelt. Dadurch kann die Verbundenheit der Bürger mit der EU-Politik gestärkt werden. Diese Möglichkeit ist auch von der Nationale Conventie, einem vom Minister für Verwaltungsreform im Herbst 2005 berufenen Expertengremium aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft, angesprochen worden, dessen Aufgabe es ist, durch Veränderungen der politischen Ordnung das Vertrauen in die Politik wieder herzustellen. Auch ihrer Meinung nach kann dem Unsicherheitsgefühl entgegen gewirkt werden durch das Klarstellen des erwünschten Endzieles der Union: ein Staatenbund mit deutlicher politischer Begrenzung unter Angabe der Zuständigkeiten und Politikfelder.

Die meisten politischen Parteien äußerten sich ebenfalls über die Kompetenzverteilung zwischen EU und Nationalstaat. In der sozialdemokratische Oppositionspartei PvdA, die selbst für die Verfassung stimmte, gab es unter dem Motto „Vertrauen wieder gewinnen“ ein Umdenken über die Europäische Union. Die Einrichtung eines Versorgungsstaats solle im nationalen System verbleiben. Die Auswirkungen auf den Markt solle in jedem Fall durch die Sozialpolitik und den öffentlichen Sektor reduziert werden.

Die kleine christliche Oppositionspartei CHU ist der Meinung, dass die sich ausbreitende EU durch eine Revision der geltenden Verträge gezügelt werden müsse. Europa müsse kein „Superstaat“ sein. Die Union solle sich vom gerechtfertigten Argwohn der Bürger, „dass sie sich mit einem nicht zu stillenden Machthunger stets weiter und tiefer in die (verbliebene) nationale Souveränität ‚hineinfrisst‘, lösen“. Die fortschreitende Machtausbreitung sei nun als eine „zwingende Logik“ in Verträge gegossen, die deshalb unter die Lupe genommen werden müssten.

Die linke Oppositionspartei GroenLinks ist nicht zufrieden mit der gesellschaftlichen Debatte darüber, was Europa eigentlich will.<sup>6</sup> Auch für sie gilt, dass Europa kein Super-

5 [http://www.minbzk.nl/internationale\\_zaken/bzk\\_en\\_de\\_europese/parlementaire/advies\\_raad\\_van](http://www.minbzk.nl/internationale_zaken/bzk_en_de_europese/parlementaire/advies_raad_van)

staat werden und dass mehr auf die nationalen Empfindlichkeiten geachtet werden solle. Dies sei die Art, Fortschritt auf Gebieten zu verbuchen, die tatsächlich nach einem europäischen Zugriff fragen: Umwelt, Asyl und Außenpolitik.

Nach Ansicht der liberalen Koalitionspartei VVD liegt die demokratische Legitimität vor allem bei den Mitgliedstaaten und nicht bei einer europäischen Föderation. Regierung und Parlament sollten darauf achten, nicht mehr als das zu regeln, was die europäische Gesetzgebung strikt notwendig macht.

### **Niederländische Europapolitik nach dem Referendum**

Die niederländische Haltung gegenüber den weiteren Schritten im EU-Verfassungsprozess zeigte sich noch am deutlichsten auf dem Gipfeltreffen in Brüssel im Juni 2006. Dort wurde beschlossen, die Reflexionsphase bis in die zweite Jahreshälfte 2008 zu verlängern, da 2007 sowohl in den Niederlanden wie in Frankreich gewählt wird und es unsicher ist, welcher Europakurs danach eingeschlagen wird.

Als der österreichische Ratspräsident diesem Beschluss hinzufügte, dass es um die Fortsetzung des „verfassungsmäßigen Reformprozesses“ ging, stieß er auf heftige Beschwerden seitens der Niederlande. Nach niederländischer Ansicht müsse man vollständig von der Idee einer Verfassung zurücktreten. Angesichts der Tatsache, dass der Verfassungsvertrag mit ca. 60% der Stimmen des niederländischen Volkes abgelehnt wurde, solle er auch nicht mehr Parlament oder Volk vorgelegt werden. Auch aus dem Eurobarometer wird klar, dass die große Mehrheit der niederländischen Bürger der Meinung ist, dass die bestehenden Spielregeln und Verträge zur Revision anstehen, aber nicht in der Form einer europäischen Verfassung.<sup>7</sup>

Das niederländische Kabinett hatte u.a. wegen des Verfassungsvertrages eine Verlängerung der Reflexionsphase befürwortet. Es gäbe zwar weitere Vorschläge für die Verbesserung des demokratischen Funktionierens der EU, diese seien aber noch nicht ausgearbeitet. Zudem bräuchte es mehr Zeit, um die Leistungen der EU auf dem Feld von Wirtschaftswachstum und Arbeitsmarkt, Energie, Umwelt und Nachhaltigkeit zu beurteilen, ebenso wie für die grundlegende Debatte über die weitere Strategie bezüglich der Erweiterung der EU.

Die am meisten umstrittene Frage der Regierungsumfrage [www.nederlandineuropa.nl](http://www.nederlandineuropa.nl) im April 2006 war die Erweiterung der EU. Die Unterstützung dafür ist relativ gering: 68% sind gegen eine Mitgliedschaft der Türkei und auch wenn die Türkei alle strengen Kriterien erfüllt, sind immer noch 52% dagegen. Der niedrige Lebensstandard in der Türkei ist dabei der wichtigste Grund, nicht wie gemeinhin angenommen nur die Religionsfrage. Im Allgemeinen spielt die wirtschaftliche Situation in Ländern mit Beitrittsambitionen eine prominente Rolle in der Meinungsbildung der Niederländer.

Nach der Ablehnung der Verfassung hat die niederländische Regierung Mühe, sich in Brüssel Gehör zu verschaffen, insbesondere in zwei Fragen. Bei den Unterhandlungen über den EU-Haushalt im Juni 2005 vertrat sie eine härtere Position als bisher. Die Regierung bemüht sich seit drei Jahren um eine Absenkung des Beitrags zum europäischen Haushalt, der pro Kopf höher ist als bei allen anderen Ländern. Nach Ansicht der liberalen

---

6 <http://www.groenlinks.nl/europa/artikelen> R. Wouters, *Vrij Europees*, 04.06.2006.

7 [Http://ec.europa.eu/public\\_opinion/standard\\_en.htm](http://ec.europa.eu/public_opinion/standard_en.htm); Peter van Grinsven/Jan Rood: *Europe lite of Europe puissance: welk Europa na het nee tegen de grondwet?* in: *Internationale Spectator* 59/9 (2005), S. 465-470.

und christlich-demokratischen Parteien soll dieser hohe Beitrag das Nein-Gefühl verstärkt haben. Die luxemburgische Ratspräsidentschaft schlug den Niederlanden vor, in den Jahren 2007-2013 jährlich 350-500 Mio. Euro weniger zu zahlen. Dies ist für die Niederlande völlig unzureichend. Das letzte Angebot des EU-Ratsvorsitzenden beläuft sich auf eine Kürzung von 600 Mio. auf eine Nettzahlung von drei Mrd. pro Jahr.

Die andere Frage, für die sich die niederländische Regierung in Brüssel stark macht, ist das in den Niederlanden sensible Thema der Unsummen verschlingenden monatlichen Umzüge des Europäischen Parlamentes von Brüssel nach Straßburg. In einer Unterschriftenaktion für ein Parlament mit einem einzigen Sitz in Brüssel wurden 560.000 Unterschriften gesammelt, von denen ungefähr die Hälfte von Niederländern stammt. Beim EU-Gipfel in Brüssel im Juni 2006 wollte sich Ministerpräsident Balkenende in dieser Frage zu Wort melden. Er hatte das nach Anfragen im Parlament angekündigt. Als der Parlamentspräsident erklärte, dass die europäischen Regierungschefs nichts von einem solchen Plan wissen wollten, beschloss Balkenende, diese Frage nicht anzusprechen. Er halte nichts von einer „Kamikaze-Aktion“ und beschränkte sich schlussendlich auf ein Gespräch darüber bei einem Treffen mit christdemokratischen Regierungschefs.

### **Regelmäßige Reibungen**

Die nationale Souveränität kollidiert regelmäßig mit der europäischen Verordnungspolitik, wie zwei Beispiele zeigen, die viel Staub aufgewirbelt haben.

Im Herbst 2005 erklärte Neelie Kroes, die europäische Wettbewerbskommissarin, dass Wohnungsgenossenschaften einen großen Teil ihres Wohnungsbestandes verkaufen müssten. Kroes und die Europäische Kommission sind der Meinung, dass Genossenschaften mit staatlicher Unterstützung Wohnungen an Personen mit einem guten Einkommen vermieten, wodurch der Wettbewerb mit kommerziellen Vermietern verzerrt werde. Das widerspreche den Regeln aus „Brüssel“. Eine Mehrheit von Christdemokraten, Sozialdemokraten und zwei linken Parteien (GroenLinks und SP) sind dagegen anderer Meinung. Es könne nicht sein, dass sich die Kommission auf diese Art ins niederländische Wohnungswesen einmischen dürfe.

Ein anderes Beispiel ist der Plan der Tweede Kamer, den Anbau von Haschisch für coffeeshops zu legalisieren. EU-Justizkommissar Franco Frattini teilte mit, dass auch die Niederlande 2004 dem Beschluss zugestimmt hätten, dass der Anbau von Cannabispflanzen außer für den ausschließlich persönlichen Gebrauch verboten sei. Dies sei bei Haschischlieferanten für coffeeshops selbstredend nicht der Fall. Inzwischen ließ Frattini bei einem Besuch in den Niederlanden verlauten, dass die Produktion weicher Drogen für den Verkauf in coffeeshops durch einen europäischen Ratsbeschluss von 2004 nicht verboten sei und dass er sich zum Wunsch der Parlamentsmehrheit nicht äußern wolle: „Das würde als Einmischung in nationale Angelegenheiten betrachtet werden und ich weiß, wie sensibel diese Frage in den Niederlanden ist.“

### **Bilanz**

Eine deutliche Nachwehe der Ablehnung der Europäischen Verfassung ist die Empfindlichkeit der Niederlande in Bezug auf ihre Position innerhalb der EU. Dies wird auch deutlich aus der überzogenen Reaktion auf eine Äußerung des neuen italienischen Ministerpräsidenten Prodi, der im Gespräch mit der englischen Sunday Times mitteilte, dass „wir ein starkes Band brauchen, nicht nur mit Frankreich und Deutschland, sondern auch mit der so

genannten Sechs-Länder-Gruppe wie Belgien und Luxemburg – aber nicht mit den Niederlanden.“<sup>8</sup> Dies sorgte für viel Aufheben in der niederländischen Presse.

Die Niederlande, eines der Gründungsmitglieder der EU, sind aus dem Gleichgewicht geraten und müssen sich an verschiedenen Fronten neu positionieren. Dabei kann zu Recht die Frage gestellt werden, ob das Land noch immer als zum Kerneuropa gehörend gesehen wird. Vielleicht ist dies der Preis, den das Königreich für den Ausgang des Referendums über die europäische Verfassung wird bezahlen müssen.

### **Weiterführende Literatur**

The European Union and its relations with the Dutch citizens/Advisory Council on International Affairs (Advisory Letter/No. 10), Den Haag 2005.

Mathieu, Raphaël: Le Benelux: laboratoire de l'integration ou structure residuaire au sein de l'Union européenne? (Veiligheid en strategie/No. 90), Brüssel 2006.

Nijeboer, Arjen: The first Dutch referendum. A pre-Ballot assessment (Policy Paper/Notre Europe/No. 14), Paris 2005.

Toonen, Theo A. J. u.a.: Saying no to a European constitution. Dutch revolt, enigma or pragmatism?, in: Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften, 3 (2005) 4, S. 594-619.

---

8 The Sunday Times, 16.04.2006.